

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33
Bereitstellung der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Für die Mittheilung einzelner Mittheilungen macht sich die Redaction nicht verantwortlich.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Filialen für Inf. Annahme:
Otto Kiem, Universitätsstr. 22.
Karl Schöler, Rathhausstr. 18. v.
bis bis 1/9 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Liste 16. 200.

Abonnementpreis vierteljährlich 67, halbjährlich 127, jährlich 247.
Inserate sind nach 10 Zeilen zu berechnen.
Zurücksendung des Blattes ist unentgeltlich.
Die Expedition ist an allen Postämtern zu haben.
Inserate sind nach 10 Zeilen zu berechnen.
Zurücksendung des Blattes ist unentgeltlich.
Die Expedition ist an allen Postämtern zu haben.

Reclamen unter dem Redactionsschild die Spalte 40 Pf.
Inserate sind nach 10 Zeilen zu berechnen.
Zurücksendung des Blattes ist unentgeltlich.
Die Expedition ist an allen Postämtern zu haben.

No 280.

Dienstag den 7. October 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das 83. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 26. d. M. auf dem Rathhaussaal öffentlich ausliegen.
Dasselbe enthält:

- Nr. 1332. Verordnung, betreffend die Uebertragung preussischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1333. Verordnung, betreffend die Uebertragung bairischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1334. Verordnung, betreffend die Uebertragung bessischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1335. Verordnung, betreffend die Uebertragung oldenburgischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1336. Verordnung, betreffend die Uebertragung sachsen-weimarischer und sachsen-meiningenscher Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1337. Verordnung, betreffend die Uebertragung anhaltischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1338. Verordnung, betreffend die Uebertragung schwarzburg-sondershausenscher Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1339. Verordnung, betreffend die Uebertragung schwarzburg-rudolstadtischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1340. Verordnung, betreffend die Uebertragung waldeckischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1341. Verordnung, betreffend die Uebertragung schaumburg-lippischer Rechtsachen auf das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1342. Verordnung, betreffend die Zuweisung rechtskräftiger Sachen aus den drei freien Hansestädten an das Reichsgericht. Vom 26. September 1879.
- 1343. Verordnung, betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts in Streitigkeiten über die Zuständigkeit des Reichsweges in dreifachen Sachen. Vom 26. September 1879.
- 1344. Verordnung, betreffend die Einrichtung von Hilfsinstanzen bei dem Reichsgericht. Vom 27. September 1879.
- 1345. Verordnung, betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsverhältnissen. Vom 28. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stell.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Finanz-Gesetzes vom 5. Juli vorigen Jahres und der Ausführungs-Verordnung hierzu vom 9. November desselben Jahres ist der dritte Termin der Staats-Einkommensteuer am 30. September dieses Jahres

zu einem Dritteltheile des Gesamtbetrages fällig und werden die hiesigen Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungekürzt und spätestens binnen 3 Wochen nach demselben an die Stadtsteuer-Einnahme, Gräßl 61, blauer Thurm, 2. Stock, bei Vermehrung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Steuern eintretenden gesetzlichen Verzugszinsen abzuführen.
Leipzig, am 28. September 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Taube.

Bekanntmachung.

Die Jahreshinsen der zur Unternehmung armer alter und geschwächter Jungfrauen in Belgien, die sich durch weidliche Handarbeiten ihren Lebensunterhalt verdienen, durch Krankheit, Alters- oder Augenbeschwerden aber erwerbsunfähig oder beschränkt erwerbsfähig geworden sind, bestimmten Konsumtionsstellen demnach von uns verteilt werden. Wir fordern nach vorübergehenden Einigungsbestimmungen geeignete Bewerberinnen hierdurch auf, ihre bezüglichen Gesuche bis zum 15. October c. bei uns (Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 7) einzureichen.
Leipzig, den 8. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Am Stelle des verstorbenen Herrn Stadtrath Fleischhauer ist heute Herr Kaufmann Richard Philipp Andreas Nagel als unbesoldeter Stadtrath vereinfacht und in sein Amt eingeweiht worden.
Leipzig, den 4. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Reserscheidt.

Bekanntmachung.

Die auf dem hiesigen öffentlichen Holzverkaufsplatz auf dem Kohlenbahnhof des Bayerischen Bahnhofes aufgestellten Brennholzer werden von heute ab zu den benachbarten Preisen von 11 Mark für den Kubikmeter weiße Scheite und 9 Mark für den Kubikmeter Holz berechnet.

Zur Abfuhr des Holzes kann „Holzbohrschiffchen“ benutzt werden und wird in solchem Falle das jetzige schon gültig gewesene Frachtlod von 48 1/4 für den Kubikmeter Holz berechnet.

Bestellungen werden angenommen nicht nur auf dem vorgezeichneten Holzverkaufsplatz selbst, sondern auch in dem ehemaligen Holzverwaltergebäude am Fischplatz Nr. 13 parterre rechts und in der Expedition der unterzeichneten Königl. Bauverwaltung, im östlichen Flügel des Schlosses Weißenburg. Königl. Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

Der Unterzeichnete bringt hiermit zur Kenntniß, daß er bis auf Weiteres Wittwoch und Samstag, früh von 9 bis 11 Uhr in seiner Wohnung, Insterstraße Nr. 10, in amtlichen Angelegenheiten zu sprechen sein wird.

Friedrich Richter für den V. District, d. l. nördliche und nordöstliche Vorstadt, zwischen Grimmaischem Gießwerk, Dresden Straße links Seite und Pleißerfluß.

Bekanntmachung.

Die zur Submission aufgeschriebenen Tischlerarbeiten für die innere Einrichtung des Zoologischen Instituts der Universität sind vergeben und werden die unterzeichneten geliebten Herren Submittenten hiervon in Kenntniß gesetzt.
Leipzig, am 6. October 1879.

Universitäts-Verwaltung.
Graf.

Regierung und Centrum.

Die preussische Regierung hat sich an der Centrumpartei vorerst eine sehr zuverlässige Stütze erworben; wenn auch zu erwarten steht, daß späterhin Zwischensälle eintreten können, die geeignet sind, das jetzige Verhältnis der Uebereinstimmung wieder in Frage zu stellen. Die stillen Winde an die Führer sind sehr wohl verstanden worden und in hellen Tönen haben die von ihnen gegangenen Reden an der Wahlurne ihre Pflicht getan. Von Möglichkeit auf dieser Seite keine Spur, wie bei einem sehr ansehnlichen Theile der Liberalen! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unter allen Parteien die Ultramontanen ihre Schranken am sichersten in der Hand haben. Die Parteiführer des Centrums hatten alle Ursache, mit Ruhe dem Ergebnis der Abstimmung entgegenzusehen, denn sie kennen ihre Leute. In den meisten Wahlkreisen hatte das Centrum erste und ererbte Wahlplätze, wie sie die übrigen Parteien unter einander streiten, kaum auszuweichen. Keine andere Partei besitzt eine solche Reihe unbeschränkter Domänen und vermag so widerspruchlos eine Parole auszugeben wie das Centrum. Die Ultramontanen wählen in denjenigen Wahlkreisen, wo sie eigene Candidaten nicht durchzubringen hoffen können, auf Befehl von oben das eine Mal conservativ, das andere Mal fortschrittlich, das dritte Mal socialdemokratisch. Die Annahme, die grundverschiedene Stellung, welche die Partei seit der letzten Reichstagsession einnimmt, die offene Preisgebung der freisinnigen Schlagwörter, mit denen das Centrum sonst, als es in der Opposition war, sich zu brüsten pflegte, das Bündnis mit der Reaction werde der Partei zahlreiche, im Grunde politisch freisinnige Elemente entfremden: diese Annahme hat sich bis jetzt nicht bewahrheitet. Man traut offenbar der Masse der ultramontanen Wählerschaft zu viel Einsicht und Selbstständigkeit des Denkens zu, wenn man aus ihrem Schooße heraus Opposition gegen das Commando ihrer Führer oder Zweifel an dessen Richtigkeit erwartet. Wenigstens vorläufig ist von einer inneren Bewegung und Schwächung der Partei noch nichts zu bemerken; im Gegentheil sie tritt verstärkt im neuen preussischen Abgeordnetenhaus wieder auf, nachdem ihr die Regierung im Kampf gegen die Liberalen erfolgreich in die Hände gearbeitet hat. Wohl mag im Laufe der Zeit eine Partei, die nur in der Agitation und Identifizierung der Massen groß geworden und im Kampf gegen Regierung und Staat erstarkt ist, ihren eigentlichen Lebensboden verlieren, wenn ein Friedensschluß zu Stande kommt oder die Festigkeit des Kampfes erlischt. Man kann sagen: Es hat unter dem Wähler'schen Regime in Preußen eigentlich eine ultramontane Partei nicht gegeben, warum soll es eine solche

geben, wenn die Putzamer'sche Verwaltung jenes sich zum Vorbild nimmt? Im gegenwärtigen Augenblick aber ist man noch lange nicht so weit. Noch hat die Partei nicht erreicht, was sie erstrebt, und noch steht sie in selbstgeschlossener übermächtiger Position da. Die Regierung kann, nachdem sie das Zusammenwirken mit den liberalen Parteien gegen früher unendlich erschwert und eine conservativere Majorität sich doch als ein lustiges Trümmchen erwiesen hat, die Unterstützung des Centrums nicht entbehren, aber sie hat in demselben keine blindbegebene dienstfertige Partei, sondern eine solche, die ihrerseits Forderungen erheben und Vorschriften machen und sich ihrer entscheidenden Stellung wohl bewußt zeigen wird. Der Erfolg wird lehren, ob die neue parlamentarische Stütze fester und zuverlässiger ist als die alte.

Politische Uebersicht.

Die gesamte innere Lage wird noch immer durch die preussischen Wahlen beherrscht. Wie es scheint, ist besonders in den östlichen Provinzen des Staates eine stärkere conservativere Stimmung hervorgetreten. Ueber die Wahlergebnisse in Hannover schreibt die „National-liberale Correspondenz“: „Die Wahlen in Hannover sind, wie es scheint, verhältnismäßig günstiger als in allen anderen Provinzen für die Nationalliberalen ausgefallen. Es ist dies um so erfreulicher, als bekanntlich bei den jüngsten Reichstagswahlen die welfische-conservative Agitation schmerzliche Wunden in die nationale und liberale Vertretung dieser Provinz gerissen hatte. Ueberhaupt sind es mehr die östlichen Provinzen, aus denen noch ungünstige Nachrichten für die liberale Sache zu besorgen sind, als die neuen Provinzen des Westens.“ Soweit das citirte Blatt.
Unser Berliner Correspondent sagt die Wahlergebnisse wie folgt zusammen: „Jedenfalls zeigt es von der mangelhaften Organisation, welche in den meisten ländlichen Wahlbezirken Preußens herrscht, und von den Schwierigkeiten, welche das indirecte Wahlsystem für die schnelle und zuverlässige Ermittlung der Resultate bietet, wenn man heute noch, am sechsten Tage nach erfolgter Wahl, hier an der Centralstelle in Zweifel ist, wie eigentlich im Großen und Ganzen die Provinzen gewählt haben. Daß die liberalen Parteien Einbuße erleiden würden, war vorauszuweisen; wie hoch sich dieselbe aber beziffert, ist nur annähernd zu schätzen. Besonders aus dem ängstlichen Osten der Monarchie kommen die Nachrichten höchst spärlich. Als sicher verloren ist für die Fortschrittspartei aus Ostpreußen bisher nur das eine Mandat des Abg. Andorfer in Pr. Holland-Rohrungen gemeldet, doch

stehen noch zu viele in bestrittener Wahl. Fest sind nur Königsberg-Fischhausen (2 Fortschritt, 1 National-liberal), Gumbinnen-Fasterburg (2 Fortschritt) und Regio-Lud.-Johannisberg (2 Fortschritt) und Tilsit-Niederung (2 Fortschritt). Daß in den Ermländischen Kreisen Braunsberg-Gröbenberg und Allenstein-Rößel vier Centrumsleute wiedergewählt werden, ist selbstverständlich. In Westpreußen sind sicher verloren 1 fortschrittliches Mandat in Berent-Pr. Stargard, 2 nationalliberal in Stahm-Marienwerder, 1 nationalliberal in Stralsburg, 1 nationalliberal in Conig-Schlöben, in Brandenburg 3 nationalliberal in der Briegnitz, 1 nationalliberal in Barnim, 1 fortschrittliches und 1 nationalliberal in Fürstentum, 2 nationalliberal in Grimmen-Greifswald, in Posen 3 nationalliberal in Wirsig-Bromberg, in Schlesien 2 nationalliberal in Grünberg-Freistadt, 1 Fortschritt in Breslau, 1 Fortschritt in Luban-Gröblich, 2 nationalliberal in Rothenburg-Doyerswerda, in Sachsen 2 nationalliberal in Dierberg-Stendal, 2 nationalliberal in Schweinitz-Wittenberg, 1 nationalliberal in Mansfeld, 1 Fortschritt in Nordhausen, 1 nationalliberal in Langensalza-Weitzenfecht-Rühlhausen, in Schleswig-Holstein 1 Fortschritt in Stormarn, 1 nationalliberal in Schleswig, in Westfalen 2 Fortschritt und 1 nationalliberal in Bielefeld-Hersford-Halle, in Hessen-Nassau 1 fortschrittliches im Ober-Beslerwaldkreis, 1 nationalliberal in Diefenbach, 1 nationalliberal in Hesse-Nassau, 1 nationalliberal in Kassel, 1 nationalliberal in Hiegenhain, in der Rheinprovinz 1 liberal und 1 nationalliberal in Köln, 2 nationalliberal in Remscheid-Altenkirchen, 1 liberal in Saarbrücken. In dieser vorläufigen Verlesliste haben diese Uebergänge von der einen auf die andere liberale Partei, wie sie in Danzig, Posen u. vorkommen, keine Berücksichtigung gefunden, trotzdem zählt dieselbe bereits für die Nationalliberalen achtunddreißig, für die Fortschrittspartei zehn und für die liberalen Wahlen zwei, zusammen also 50 verlorene Mandate, die zum Theil den Conservativen, zum Theil auch den Ultramontanen und Polen anheimgelassen sind. Einzelne Dinge über die Conservativen, wie z. B. einer in dem Berlin benachbarten Kreise Osthavelland erfolgten, wollen Dem gegenüber nicht viel besagen. Es ist leider nur zu befürchten, daß die liberale Verlesliste sich noch vermehren wird.“ Die Centrumpartei trägt sich mit großen Plänen; so will Herr v. Schorlemer-Alst so bald wie möglich nach der Eröffnung der preussischen Landtagssession einen Gesetzentwurf über die Vererbung der Landgüter in der Provinz Westfalen

und den rheinischen Kreisen West, Essen, Duisburg und Ruhrheim a. d. Ruhr (oder richtiger: über die Beschränkung des bäuerlichen Erbrechts in jenen Landestheilen) einbringen. Er hofft bei der Zusammenkunft des neuen Abgeordnetenhauses vermöge einer geschlossenen Coalition der Polen, Ultramontanen und Conservativen damit durchzuführen. Der Grundgedanke ist, daß jede zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmte ländliche Besingung, welche bei Eintritt des Erbfalls mit einem Reinertrage von mindestens 75 Mark des Grundbesitzers katastrals ausgesetzt ist, an einen einzigen „Anerben“ fällt, welcher der Regel nach der älteste unter sämtlichen Witterden männlichen Geschlechtes und verpflichtet ist, die seinem Anerben-Rechte unterliegenden Besingungen nach einer ermäßigten Taxe, für welche der zwanzigfache katastral-Reinertrag maßgebend ist, sich anrechnen zu lassen. Auch an anderen Plänen, sich der ländlichen Bevölkerung zu verschern, wird es nicht fehlen. Jedemfalls zeigen die Centrumsleute das Bestreben, ihr staatsmännisches Geschick aller Welt klarzulegen.
Herr Dr. Strassberg wird mit Hilfe des von ihm gegründeten Prekorgans am Kulturkampf theilnehmen, anscheinend um die Regierung zu unterstützen. Das „Kleine Journal“ leitet einen Artikel über das Ende des Kulturkampfes mit der Erklärung ein, daß man nach siebenjährigen heißen Streite den katholischen Mitbürgern den Frieden schuldig sei, wobei allerdings der Gedanke an einen Gang nach Canossa als unmöglich abzuweisen wäre.
„Aus blutiger Saat, heißt es zum Schluß, war das neue Deutsche Reich eben entdrossen und sollte jetzt innerlich befestigt und gegen äußere Stürme gesichert werden. Die Schlange, die der junge Hercules in seiner Wiege fand, mußte als eine Gefahr nach beiden Richtungen gelten. Wie weit der herausgeforderte Staat in seiner Nothwehr im Laufe der Jahre auf ein Gebiet übergriffen, das nicht von dieser Welt ist, lassen wir unentschieden. Es hat sich aber factisch der Mehrzahl unserer katholischen Bürger eine Unruhe über Gewissenszwang bemächtigt, die uns im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt der Nation zwingt, die Kulturkampf-Gesetze noch einmal näher darauf anzusehen, was davon über Bord zu werfen ist, ohne den Staat wehrlos zu machen. In einem Gemeinwesen, das dadurch groß geworden ist, daß in seinem Schooße ein Jeder nach seiner Façon sich die Seligkeit sucht, darf auch nicht ein Schein von Gewissensdruck bestehen bleiben. Daher leisten wir die Verpflichtung ab, von der wir oben sprachen, Frieden mit unseren katholischen Mitbürgern zu schließen; und die feige Feinde, die sich für die Dämonen auch in dem siebenjährigen Kampfe mit Rom errungen, büßt für die Bereitwilligkeit seines Einschlagens in die ihm dargebotene Hand.“
Da der ehemalige Eisenbahnkönig sich „keiner Partei“ anschließen will, so handelt es sich vielleicht